

Aufgekündigtes Atomabkommen mit Iran: kurzfristiger Gewinner, langfristiger Verlierer

Sons, Sebastian

Veröffentlichungsversion / Published Version

Arbeitspapier / working paper

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Sons, S. (2018). *Aufgekündigtes Atomabkommen mit Iran: kurzfristiger Gewinner, langfristiger Verlierer*. (DGAP kompakt, 14). Berlin: Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V.. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-58177-2>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0>

Aufgekündigtes Atomabkommen mit Iran: **Kurzfristiger Gewinner, langfristiger Verlierer**

Sebastian Sons

Durch den US-Ausstieg aus dem Atomabkommen mit Iran sieht sich Saudi-Arabien als Regionalmacht gestärkt. Doch dies könnte sich als trügerische Wahrnehmung erweisen: Denn auch Iran konnte seinen Einfluss in Richtung Syrien und Irak ausbauen. Für die Region droht neue Instabilität. Der Konflikt zwischen Iran und Israel könnte sogar in einem neuen Wettrüsten münden. Deshalb sollte die saudische Führung US-Präsident Donald Trump auf ein neues Atomabkommen drängen. Auch Deutschland sollte diesen Schritt unterstützen. Damit würde der Konflikt entschärft.

Als die Verhandlungen der P5+1 (die fünf ständigen Vertreter des UN-Sicherheitsrates China, Frankreich, Großbritannien, USA, Russland sowie Deutschland) über das iranische Atomprogramm im Juli 2015 im so genannten Joint Comprehensive Plan of Action (JCPOA) erfolgreich abgeschlossen waren, wuchsen die Hoffnungen auf eine Stabilisierung des fragilen Nahen und Mittleren Ostens. Die Gefahr einer Nuklearmacht Iran war vorerst eingedämmt. Die Verhandlungspartner sahen im JCPOA einen entscheidenden diplomatischen Durchbruch, Iran wieder in die internationale Gemeinschaft zu integrieren, wirtschaftliche Beziehungen zu forcieren und regionale Spannungen zu reduzieren.

Saudi-Arabien teilte diese Sichtweise nicht, da es im JCPOA die Eindämmung des iranischen Regionaleinflusses vermisst. Die saudische Führung zeigte zwar Interesse daran, das iranische Atomprogramm zu regulieren, zu kontrollieren und zu stoppen. Doch betrachtete sie den JCPOA als einen Freifahrtschein für das iranische Regime, weiter seine expansionistische Regionalpolitik im Irak, in Syrien, dem Jemen, Bahrain oder im Libanon vorantreiben zu können. Dies läuft den saudischen Sicherheitsinteressen entgegen. Nach saudischer Lesart hatten es die Verhandlungspartner mit US-Präsident Barack Obama an der Spitze zugelassen, die aggressive iranische Regionalpolitik in der direkten Nachbarschaft Saudi-Arabiens zu legitimieren. Die Kritik an den westlichen Verhandlungs-

partnern fiel hart aus: Sie hätten nur darauf gedrängt, den JCPOA abzuschließen und dafür einen Minimalkonsens akzeptiert, sich aber in Bezug auf Irans Einfluss im direkten Herrschaftsgebiet Saudi-Arabiens auf beiden Augen blind gezeigt.

Deswegen nahm nach dem erfolgreichen Abschluss der Nuklearverhandlungen die Dämonisierung Irans in Saudi-Arabien deutlich zu. Sie dominiert die saudische Außenpolitik der seit Januar 2015 herrschenden politischen Führung um König Salman und seinem jüngsten Sohn Mohammad bin Salman, der zumeist MbS genannt wird. Dabei ist er die treibende politische Kraft im Königshaus, während der greise Salman eher im Hintergrund agiert und seine schützende Hand über seinen Lieblingssohn hält. Als direkter Thronfolger und Verteidigungsminister sowie Architekt des ambitionierten Programms zur wirtschaftlichen Modernisierung bestimmt MbS die Leitlinien saudischer Innen- und Außenpolitik. Er gilt als „Prince Everything“ und als Hoffnungsträger. Sohn wie Vater eint das Ziel, den iranischen Regionaleinfluss einzudämmen. Die saudische Führung fürchtet, von iranisch kontrollierten Feinden umzingelt zu werden, was das Überleben der Herrscherfamilie gefährdet. Das wollen sie unter allen Umständen verhindern, indem sie Gestaltungsspielraum

als Regionalmacht zurückgewinnen. Aus ihrer Sicht hat Iran aus den Krisen und Umbrüchen in der arabisch-islamischen Welt der letzten Jahre und Jahrzehnte am meisten Kapital geschlagen – auf Kosten des Königreichs. Dies habe zu einer massiven Präsenz Irans in der direkten Umgebung Saudi-Arabiens geführt. Somit stilisiert MbS Iran zur Projektionsfläche saudischer Bedrohungsängste und wählt deswegen martialische Worte, vergleicht Revolutionsführer Ayatollah Ali Khamenei mit Hitler und sieht Iran gemeinsam mit den Muslimbrüdern und dem Jihadismus als Teil des „Dreiecks des Bösen“. ¹ Auf internationaler Bühne will MbS dem Westen seine Fehler im Umgang mit Iran vor Augen führen, indem mit intensiver Lobbyarbeit in Washington, Paris und London anti-iranische Kräfte in Politik und Medien gestärkt werden. ² Dazu gehört auch US-Präsident Trump. Umso erfreuter zeigte sich die saudische Regierung, als dieser am 8. Mai 2018 ankündigte, den JCPOA zu verlassen. ³

Entfremdung und Krise: Saudi-Arabien und die USA unter Obama

Für das saudische Königshaus spielen enge und vertrauensvolle Beziehungen zu den USA seit Jahrzehnten eine wesentliche machtsichernde Rolle. Die USA fungieren als Sicherheitsgarant des saudischen Königshauses. Insbesondere nach der Iranischen Revolution 1979 intensivierte sich das saudisch-amerikanische Verhältnis, da beide in der Islamischen Republik eine existenzielle Bedrohung sahen.

Doch der US-amerikanische Einmarsch im Irak 2003 und der damit verbundene Sturz Saddam Husseins stellten diese Partnerschaft auf eine harte Probe: Der Irak unter Hussein hatte eine Pufferfunktion gegen Iran eingenommen und dadurch Saudi-Arabien Schutz geboten. Durch dessen Sturz fiel dieser Puffer weg und Irans Einfluss im Irak weitete sich zunehmend aus. Diese Entwicklung schürte das Bedrohungsempfinden in Riad vor Iran und belastete das saudisch-amerikanische Verhältnis.

Der saudische Vorwurf war eindeutig: Die USA hätten Iran den Irak auf einem Silbertablett serviert. Und als dann Trumps Vorgänger Obama während der „Arabischen Umbrüche“ 2010-2011 eine Nahostpolitik verfolgte, die saudischen Interessen entgegenlief, nahm der Zorn auf die USA im Königshaus weiter zu. Obama hatte den langjährigen Partner Saudi-Arabiens, Ägyptens Präsident Hosni Mubarak, nicht vor seiner Absetzung bewahrt, was die saudische Führung als Zeichen dafür deutete, sich ebenfalls der US-amerikanischen Unterstützung nicht gewiss sein zu können. Gleichzeitig habe Obama nicht

massiv auf den Fall des syrischen Präsidenten Baschar al-Assad gedrungen.

Beides bewertete die saudische Führung als strategischen Fehler. Als Nutznießer galt Iran, der das entstandene Machtvakuum in der arabischen Welt zunehmend füllte. So konnte die Islamische Republik nach Irak auch den Einfluss in Syrien ausbauen, suchte zeitweise die Nähe zur islamistischen Regierung in Ägypten unter Mubaraks Nachfolger Mohammed Mursi und intensivierte die Zusammenarbeit mit der libanesischen Hisbollah. Der Albtraum Saudi-Arabiens vor einer Einkreisung durch iranische Vasallen nahm immer weiter Gestalt an und wurde von den USA nicht aufgehalten. Der Abschluss des JCPOA wirkte dann als negativer Höhepunkt der saudisch-amerikanischen Entfremdung: Mehr denn je fühlte sich Riad von Obama verraten und verkauft. ⁴

Alte Partner, neue Liebe: Saudi-Arabien und die USA unter Trump

Das Ende der Präsidentschaft Obamas und die Wahl Trumps wurden daher in Saudi-Arabien als Neubeginn euphorisch gefeiert. Mit der Aufkündigung des JCPOA erfolgte schließlich ein weiterer Schritt zur bilateralen Wiederannäherung. Trump und MbS ähneln sich in ihrer strikten Ablehnung Irans, was den dunklen Schatten der Ära Obama verblassen lässt.

So wird Trump im Gegensatz zum „Iran-Freund“ Obama als Vertreter saudischer Interessen wahrgenommen, der sich ebenso kompromisslos gegenüber der Islamischen Republik zeigt wie MbS. Das schweißt zusammen: Trumps erster Auslandsbesuch führte ihn im Mai 2017 nach Riad, was dort als symbolisches Zeichen der Loyalität gewertet wurde. Immerhin hatte Trump in seiner Riader Rede der saudischen Führung aus der Seele gesprochen: „Vom Libanon über den Irak bis nach Jemen: Iran liefert Waffen und trainiert Terroristen, Milizen und andere extremistische Gruppen, die Zerstörung und Chaos in der Region verbreiten.“ ⁵ In Saudi-Arabien wird der Besuch sowie die Aufkündigung des Nuklearabkommens auch als Folge der saudischen Einflussnahme auf die US-Administration gewertet. Beides ist Bestandteil einer breit angelegten Anti-Iran-Strategie, für die MbS die Unterstützung der USA braucht. Gemeinsam mit den Vereinigten Arabischen Emiraten (VAE) hatte die saudische Führung monatelang in persönlichen Treffen, Gesprächen und intensiven PR-Kampagnen in Washington anti-iranische Lobbyarbeit betrieben. Teil dessen waren u.a. persönliche Treffen zwischen MbS und dem Schwiegersohn Trumps, Jared Kushner, sowie der Einfluss des Botschafters der VAE in Washington, Yousef al-Otaiba. ⁶

Regionalpolitisch hat die Unterstützung Trumps das konfrontative Vorgehen Saudi-Arabiens verstärkt. Das zeigt sich insbesondere beim militärischen Einsatz im Jemen, der sich gegen die Huthis richtet, die angeblich massiv aus Iran unterstützt werden, wie Riad behauptet. Mehr denn je setzt MbS, der als Verteidigungsminister für die Jemen-Intervention verantwortlich ist, auf einen militärischen Sieg über die Huthis. Auch die Blockade gegen das Nachbaremirat Katar, welche im Juni 2017 federführend von Saudi-Arabien und den VAE sowie unter Mitwirkung Ägyptens und Bahrains initiiert wurde, ist ein Zeichen des saudischen Konfrontationskurses und begann wenige Wochen nach Trumps Stippvisite in Riad.⁷ So wird vermutet, die saudische Führung habe seinen Besuch als Blankoscheck aufgefasst, um sich gegen Katar zu wenden. Ziel der Blockade ist es, u.a. Katars angebliche enge Bindung an Iran zu brechen.⁸ Ebenso gilt der zwischenzeitliche Rücktritt des libanesischen Ministerpräsidenten Saad Hariri, den er im November 2017 in der saudischen Hauptstadt verkündete, als Versuch von MbS, die iranische Unterstützung der Hisbollah zu brandmarken. Damit sollte die Aufmerksamkeit der internationalen Gemeinschaft auf die iranische Einflussnahme im Libanon gelenkt und die anti-iranische Front gestärkt werden.

Innenpolitisch fühlt sich MbS ermutigt, die Dämonisierung Irans zu intensivieren: Die Islamische Republik wird als nationales Feindbild instrumentalisiert.⁹ Damit will MbS auch gegenüber der eigenen Bevölkerung seine Reputation stärken, indem er sich als kompromissloser Anführer im Konflikt mit Iran präsentiert, der weder die Konfrontation noch die Provokation scheut. Mit seinen 33 Jahren ist er ein Vertreter der mehrheitlich jungen Bevölkerung (70 Prozent sind unter 30 Jahren) und sieht sich als deren Sprachrohr. MbS will ihr ein Vorbild an Kraft, Dynamik und Entschlussfreude sein, das mit alten Mustern bricht. Sein Ziel ist es, die Reihen zu schließen und einen saudischen Nationalismus heraufzubeschwören.¹⁰ Auch dafür braucht er die Unterstützung Trumps.

Alte Gefahren unter neuen Vorzeichen

Doch Trump könnte das in ihn gesetzte Vertrauen enttäuschen. Dafür gibt es bereits erste Anzeichen: So positioniert er sich in der Katar-Blockade keineswegs einseitig auf Seiten Saudi-Arabiens und den VAE, was beide Regierungen zunehmend irritiert. Die Anerkennung Jerusalems als israelische Hauptstadt und die damit verbundene Verlegung der US-Botschaft von Tel Aviv wurde vom saudischen König Salman verurteilt.¹¹ Immerhin präsentierte sich Saudi-Arabien in der Vergangenheit auch als Schutzpatron der Palästinenser und hatte Vermitt-

lungsversuche angeregt, den israelisch-palästinensischen Konflikt diplomatisch beizulegen.¹² Die Entscheidung Trumps unterminiert damit Saudi-Arabiens Image in der arabisch-islamischen Welt, sich für die unterdrückten Palästinenser einzusetzen.

Und auch die Entscheidung Trumps, das Nuklearabkommen aufzukündigen, dient hauptsächlich seinen Interessen. Sein Credo lautet „America first“, nicht „Saudi Arabia first“ und bringt damit Saudi-Arabien in ein doppeltes Dilemma: Zum einen könnte Iran seine Urananreicherung wieder aufnehmen. Iranische Offizielle deuteten dies bereits an.¹³ Damit würde die nukleare Bewaffnung Irans erneut zum Thema und zur Bedrohung der saudischen Interessen werden. Zum anderen besteht das Risiko, dass die Anti-Iran-Politik der USA keineswegs eine Eindämmung der regionalen Aktivitäten der Islamischen Republik zur Folge hat, sondern stattdessen zu deren Intensivierung führt.

Innerhalb Irans könnten politische Kräfte, die sich in der Vergangenheit durchaus kritisch gegenüber dem Annäherungskurs der Regierung von Präsident Hassan Rouhani an die internationale Gemeinschaft gezeigt haben, Auftrieb erlangen. Dies gilt insbesondere für die Revolutionsgarden, die hauptverantwortlich für die iranischen Aktivitäten in Syrien, dem Irak und Jemen sind. Das hätte zur Folge, dass Saudi-Arabiens Hauptziel, den iranischen Regionaleinfluss zurückzudrängen, nicht erreicht würde.

Ganz im Gegenteil: Die Verhärtung der US-amerikanischen Position könnte zu einer iranischen Gegenreaktion und damit zu einer Verschärfung der politischen Konfliktsituation in der Region führen, was saudische Sicherheitsinteressen direkt tangieren und das Risiko einer militärischen Konfrontation zwischen Iran und Israel erhöhen würde. In diesem Fall wäre auch MbS gezwungen, sich z.B. in Syrien oder Jemen militärisch noch mehr zu engagieren und könnte gleichzeitig durch die Huthis, die Hisbollah und andere iranisch unterstützte Gruppierungen noch stärker als bisher bedroht werden; das Königreich befände sich im Zentrum des Konflikts. Somit profitiert Saudi-Arabien zwar kurzfristig von Trumps Entscheidung, könnte aber langfristig eher darunter leiden.

Innenpolitische Folgen: Risiken für MbS

Eine zunehmende Eskalation durch eine ausgeweitete iranische Regionalpolitik hätte auch direkte Auswirkungen auf die Machtposition des Kronprinzen und würde den Druck auf ihn massiv erhöhen: Zum einen stünde seine Reputation als „starker Anführer“ zur Disposition. Zum anderen wäre sein Plan, die Kosten für Irans Regional-

politik so hoch zu treiben, dass ein iranischer Rückzug aus der saudischen Einflussosphäre unumgänglich wird, gescheitert. Bereits jetzt zeigt dieses Vorgehen kaum Erfolge: Im Jemen hat sich die Zusammenarbeit zwischen den Huthis und iranischen Kräften in den letzten Monaten sogar noch ausgeweitet. Je stärker MbS die Huthis als fünfte Kolonne Irans bezeichnete, desto mehr scheinen diese in die Arme Irans getrieben worden zu sein. Auch die Katar-Krise konnte nicht im Sinne Saudi-Arabiens beigelegt werden. Der kleine Nachbarstaat kann offenbar die Blockade ohne gravierende wirtschaftliche Probleme meistern, was auch einer Annäherung an Iran auf wirtschaftlicher Ebene geschuldet ist.¹⁴ Und zuletzt hat die Aktion, den libanesischen Premierminister Hariri seinen temporären Rücktritt aus Riad verkünden zu lassen und die Hisbollah für die fragile Situation im Libanon zur Verantwortung ziehen zu wollen, nicht den erwünschten Effekt mit sich gebracht. Kurz: Je mehr Saudi-Arabien versucht, den Iran zu schwächen, desto mehr scheint der Rivale an Schlag- und Strahlkraft zu gewinnen – für MbS ein inakzeptabler Zustand.

Langfristiger pragmatischer Ansatz: Einwirkung auf die USA

Deswegen sollte die saudische Führung interessiert daran sein, die aufgeheizte Lage zu entschärfen und nicht weiter zu eskalieren. Wenn Saudi-Arabien verhindern möchte, dass Iran sein Nuklearprogramm wieder aufnimmt und gleichzeitig seine regionalpolitischen Ambitionen ausbaut, sollte es auf seinen engsten Verbündeten, die USA, einwirken, um den Beginn neuer Verhandlungen über ein modifiziertes Atomabkommen zu initiieren. Dieses Abkommen sollte zum Ziel haben, die regionalen Hegemonialambitionen Irans einzudämmen. Je geringer das Interesse Trumps an einem „Plan B“¹⁵ erscheint, desto wichtiger wäre es für Saudi-Arabien, auf diese Alternative hinzuwirken. Denn der aktuelle „Plan A“, der über die unilaterale Entscheidung, das JCPOA aufzukündigen, nicht hinausgeht, widerspricht saudischen Sicherheitsinteressen. MbS sollte sich also nicht darauf verlassen, Trump als einen loyalen Bündnispartner zu sehen.

Doch ohne den US-amerikanischen Schutz wird Saudi-Arabien keinen offenen Konflikt mit Iran suchen. Demnach muss Saudi-Arabiens Führung eine eigene Strategie verfolgen, in der die Vereinbarung über ein neues Atomabkommen oberste Priorität haben sollte. MbS könnte auf diesem Wege versuchen, eine politische Lösung anzustreben, und gleichzeitig den Druck auf Iran erhöhen. Er könnte somit Saudi-Arabien als ehrlichen Makler und als pragmatischen Vermittler präsentieren und darüber

hinaus eigene Sicherheitsinteressen verfolgen. Dass ein solches Szenario unter den jetzigen Bedingungen ein komplizierter und langwieriger Prozess werden wird, ist offensichtlich, da kaum Spielraum für einen politischen Konsens besteht.

Es erscheint jedoch möglich, dass sich ein solcher Spielraum für eine iranisch-saudische Annäherung im Irak eröffnen könnte. Dort will Saudi-Arabien wieder an Einfluss gewinnen und Irans seit 2003 omnipräsente Rolle abschwächen. Allerdings wählt MbS eine deutlich weniger konfrontative und weitaus pragmatischere Strategie als z.B. im Jemen. Seit dem Einmarsch Saddam Husseins in Kuwait 1991 existierten zwischen beiden Ländern keine diplomatischen Beziehungen mehr. Diese wurden 2016 wieder aufgenommen.¹⁶ Ebenso empfing MbS mehrfach den schiitischen Prediger Muqtada as-Sadr zu Gesprächen in Riad¹⁷, eröffnete ein Konsulat in Basra und gründete eine irakisch-saudische Wirtschaftskommission.¹⁸ Dabei vermeidet er bisher die offene Konfrontation mit Iran, sodass durchaus vorsichtige Hoffnung auf eine pragmatische Politik auf Basis einer konfliktvermeidenden Koexistenz besteht. Diese Annäherung könnte als vertrauensbildende Maßnahme dienen, um anschließend über ein modifiziertes Nuklearabkommen ins Gespräch zu kommen.

Deutschlands Einflussmöglichkeiten: Minimal aber existent

Für Deutschland erscheinen die Einflussmöglichkeiten geringer denn je, nach der Aufkündigung des JCPOA durch die USA konfliktentschärfend einzuwirken. Der Bruch mit den USA bringt die Bundesrepublik in eine sensible Situation: Einerseits möchte man das Nuklearabkommen als diplomatische Errungenschaft aufrechterhalten und sucht deswegen die Nähe zu Iran. Andererseits wird dieses Verhalten nicht nur in den USA, sondern auch in Saudi-Arabien als Misstrauensvotum gewertet. Auch deswegen befinden sich die saudisch-deutschen Beziehungen seit November 2017 in einer diplomatischen Krise.¹⁹

Doch in dieser Krise liegt auch eine Chance: Gerade aufgrund dieser Zerwürfnisse sollte Deutschland umso mehr versuchen, in Saudi-Arabien und den VAE für ein modifiziertes Atomabkommen zu werben. Ein solches Vorgehen könnte eng mit Frankreich abgestimmt werden. Ein hochrangiger politischer Besuch in Saudi-Arabien und den VAE könnte dazu beitragen, gemeinsame Interessen nach der Aufkündigung des Atomabkommens zu diskutieren, verloren gegangenes Vertrauen wiederherzustellen und der saudischen Führung das Gefühl geben, in die

strategischen Überlegungen Europas beim Umgang mit Iran einbezogen zu werden.

Deutschland und Frankreich sollten betonen, dass es auch in ihrem Interesse liegt, ein neues Abkommen anzustreben. Immerhin zeigt man sich in Berlin und Paris ebenfalls besorgt über die iranischen Regionalambitionen. Saudi-Arabien und die VAE könnten aufgrund der Nähe zu Trump als Vermittler eines solchen Vorhabens fungieren und somit eng in den politischen Austausch eingebunden werden. Gleichzeitig könnte die Bundesrepublik

gemeinsam mit Frankreich die saudische Politik im Irak unterstützen, um damit zu verdeutlichen, dass pragmatische saudische Regionalpolitik durchaus honoriert und geschätzt wird.

Sebastian Sons ist Associate Fellow im Programm Naher Osten und Nordafrika der DGAP.

Anmerkungen

- Al-Sharq al-Awsat, Saudi Crown Prince: Triangle of Evil is Trying to Build Extremist Empire to Control Region, 3. April 2018, <https://aawsat.com/english/home/article/1225636/saudi-crown-prince-triangle-evil-trying-build-extremist-empire-control-region> (abgerufen am 06.07.2018).
- Taylor Luck, To counter Iranian rival, Saudi Arabia steps up Washington lobbying, The Christian Science Monitor, 8. Februar 2016, <https://www.csmonitor.com/World/Middle-East/2016/0208/To-counter-Iranian-rival-Saudi-Arabia-steps-up-Washington-lobbying> (abgerufen am 08.07.2018).
- Stellungnahme der Regierung des Königreichs Saudi-Arabien zu den durch den US-Präsidenten Donald Trump erklärten Schritt zum Rückzug aus dem Atomabkommen mit dem Iran, 9. Mai 2018.
- A. K Pasha, Saudi Arabia and the Iranian Nuclear Deal, in: Contemporary Review of the Middle East, Nr. 4, 2016, S. 387-404.
- The White House, President Trump's Speech to the Arab Islamic American Summit, 21. Mai 2017, <https://www.whitehouse.gov/briefings-statements/president-trumps-speech-arab-islamic-american-summit/> (abgerufen am 25.05.2017).
- Carol D. Leonnig, Shane Harris, Josh Dawsey, Greg Jaffe, How Jared Kushner forged a bond with the Saudi crown prince, in: The Washington Post, 19. März 2018, https://www.washingtonpost.com/politics/how-jared-kushner-forged-a-bond-with-the-saudi-crown-prince/2018/03/19/2f2ce398-2181-11e8-badd-7c9f29a55815_story.html?noredirect=on&utm_term=.af3a1e22c79e (abgerufen am 02.04.2018).
- Matthias Sailer, Stephan Roll, Drei Szenarien zur Katar-Krise. Zwischen Regime-Change, Konfliktbeilegung und Kaltem Krieg am Golf (SWP-Aktuell 2017/A 44) Berlin Juni 2017.
- Die VAE und Saudi-Arabien kritisieren die „Großmannssucht“ Katars: Der kleine Nachbar hatte nach 2011 begonnen, die Muslimbrüder in Ägypten sowie in Tunesien umfassend zu unterstützen und damit aktive Regionalpolitik betrieben, die Abu Dhabi und Riad ein Dorn im
- Auge waren. Beide fürchteten einen Aufschwung des politischen Islams und damit eine Gefahr für die eigene Legitimität. Außerdem befindet sich in Katar die wichtigste US-Militärbasis in der Region, was einerseits Katar als Sicherheitsgarantie dient, andererseits von den VAE argwöhnisch betrachtet wird. Auch sie hatten sich als Standort für das US-Militär ins Gespräch gebracht. Zusätzlich wird vermutet, dass die Blockade auch dazu dienen könnte, die 2022 in Katar stattfindende Fußball-Weltmeisterschaft zu verhindern, um Katar der Möglichkeit zu berauben, mithilfe dieses internationalen Großereignisses die eigene Reputation zu verbessern.
- Sebastian Sons, Kostspieliger Kurs. Saudi-Arabien aggressive Politik gegenüber dem Iran läuft ins Leere, in: Internationale Politik 1/2018, S. 106-110.
- Interview in Riad im März 2018.
- Saudi Gazette: Saudi Arabia rejects US Embassy transfer to Jerusalem, 16. Mai 2018, <http://saudi-gazette.com.sa/article/534942/SAUDI-ARABIA/Saudi-Arabia-rejects-US-Embassy-transfer-to-Jerusalem> (abgerufen am 17.05.2018).
- René Rieger, Saudi Arabia, Diplomacy, and Mediation: An Approach to Conflict Resolution in International Relations, London 2017.
- BBC News, Iran to boost uranium enrichment if nuclear deal fails, 5. Juni 2018, <https://www.bbc.com/news/world-middle-east-44365078> (abgerufen am 08.06.2018).
- Kristian Coates Ulrichsen, How Qatar Weathered the Gulf Crisis: Putting Pressure on Doha Didn't Work, Foreign Affairs, 11. Juni 2018, <https://www.foreignaffairs.com/articles/middle-east/2018-06-11/how-qatar-weathered-gulf-crisis> (abgerufen am 15.06.2018).
- Hussein Ibish, Gulf Leaders Welcome JCPOA Withdrawal but Plan B Remains Unclear, The Arab Gulf States Institute in Washington, 9. Mai 2018, <http://www.agsiwi.org/gulf-leaders-welcome-jcpoa-withdrawal-but-plan-b-remains-unclear/> (abgerufen am 10.06.2018).
- Firas Maksad, Kenneth M. Pollack, How Saudi Arabia Is Stepping Up in Iraq, Foreign Affairs, 21. August 2017, <https://www.foreignaffairs.com/articles/middle-east/2017-08-21/how-saudi-arabia-stepping-iraq> (abgerufen am 23.09.2017).
- International Crisis Group, Saudi Arabia: Back to Baghdad (Middle East Report, Nr. 186) 22. Mai 2018, <https://www.crisisgroup.org/middle-east-north-africa/gulf-and-arabian-peninsula/iraq/186-saudi-arabia-back-baghdad> (abgerufen am 30.05.2018).
- Saudi Ministry of Commerce and Investment, The Saudi-Iraqi Coordination Council Is Considered As A Platform For Joint Communication Between The Two Brotherly Countries, As Announced By H.E. Dr. Al Qasabi, 23. Oktober 2017, <https://mci.gov.sa/en/MediaCenter/News/Pages/23-10-17-01.aspx> (abgerufen am 25.10.2017).
- Auslöser dieser Krise war die Äußerung des damaligen Außenministers Sigmar Gabriel, „dass gemeinsam aus Europa das Signal kommen muss, dass wir das Abenteuerrium, was sich in den letzten Monaten dort breit gemacht hat, nicht mehr bereit sind, einfach sprachlos hinzunehmen.“ Seine Aussage richtete sich gegen den zwischenzeitlichen Rücktritt Hariris. Ohne Saudi-Arabien explizit zu nennen, war diese Aussage jedoch von der saudischen Führung als Affront und Einmischung in die Angelegenheiten des Königreichs aufgefasst worden. Seitdem befindet sich der saudische Botschafter nicht in Berlin und auch die bilateralen Wirtschaftsbeziehungen wurden in Mitleidenschaft gezogen. Siehe dazu Zeit-Online, Libanon Regierungschef Hariri in Frankreich, 18. November 2017, <https://www.zeit.de/news/2017-11/18/konflikte-riad-ruft-botschafter-aus-berlin-zurueck-18090405> (abgerufen am 20.11.2017) und Vivian Nereim et al., Saudi Arabia Blocks Some German Business Over Rift, Bloomberg, 15. März 2018, <https://www.bloomberg.com/news/articles/2018-03-15/saudi-arabia-is-said-to-block-some-german-business-over-rift> (abgerufen am 17.03.2018).

DGAPkompakt / Nr. 14 / Juli 2018



Dieses Werk ist lizenziert unter einer [Creative Commons Namensnennung – Nicht kommerziell – Keine Bearbeitungen 4.0 International](https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/) Lizenz. This work is licensed under a [Creative Commons Attribution – NonCommercial – NoDerivatives 4.0 International](https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/) License.



Deutsche Gesellschaft
für Auswärtige Politik
German Council on
Foreign Relations

Die DGAP trägt mit wissenschaftlichen Untersuchungen und Veröffentlichungen zur Bewertung internationaler Entwicklungen und zur Diskussion hierüber bei. Die in den Veröffentlichungen geäußerten Meinungen sind die der Autoren.

Rauchstraße 17/18 · 10787 Berlin
Tel. +49 (0)30 25 42 31 -0 / Fax -16
info@dgap.org · www.dgap.org

Herausgeber

Deutsche Gesellschaft für
Auswärtige Politik e.V.
ISSN 2198-5936

Redaktion Eva-Maria McCormack,

Susann Kreuzmann

Layout/Satz Reiner Quirin

Designkonzept Carolyn Steinbeck · Gestaltung